

„Kikuyu problem“ und „Luo agenda“ Zur Politisierung von Ethnizität in Kenia 2007

Agnes Taibl

In der Folge des umstrittenen Wahlausgangs bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Kenia Ende 2007 kam es zu massiven und gewaltsamen Ausschreitungen. Landesweit brachten KenianerInnen ihre Wut über die verzögerte Stimmenauszählung und behauptete oder tatsächliche Manipulationen zum Ausdruck, wobei Kundgebungen der Opposition von Polizei und Militär niedergeschlagen, Geschäfte geplündert und Wohnungen niedergebrannt wurden. Auf den ersten Blick schien es sich dabei um einen in den letzten Jahrzehnten immer wieder ausgetragenen Konflikt zwischen Kikuyu und Luo zu handeln. Ungleiche Macht- und Ressourcenverteilung hatte bereits bei den Wahlen 1992 und 1997 zur Eskalation geführt und stellt bis heute ein ungelöstes Problem der kenianischen Gesellschaft dar. Daniel T. Arap Moi, Präsident Kenias von 1978 bis 2002, prophezeite bereits 1986, dass der Demokratisierungsprozess zwangsläufig zur Formierung politischer Parteien entlang ethnischer Linien und damit in weiterer Folge zu ethnischen Konflikten führen würde (vgl. Moi 1986: 174-178). Tatsächlich kam es nach der Einführung des Mehrparteiensystems 1991 bei jeder Präsidentschaftswahl, bei der Kandidaten verschiedener ethnischer Gruppen antraten, zu Gewalt. Doch ist deswegen die Schlussfolgerung zulässig, dass Ethnizität in pluralen Gesellschaften per se politische Auseinandersetzung entlang ethnischer Trennlinien impliziert und aufgrund der Starrheit ethnischer Wahlblöcke unweigerlich auch zu politischer Gewalt führt? Dieser Beitrag versucht zu klären, welche Rolle Ethnizität bei den kenianischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 2007 und den darauf folgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen gespielt hat. Entgegen der nicht nur medial häufig geteilten Sichtweise, Ethnizität, zumal in afrikanischen Kontexten, führe unweigerlich zu ethnisierten Politik und ethnischen Konflikten, versucht diese Arbeit zu zeigen, dass Ethnizität von den zwei Parteien Kenias

einerseits als Ressource genutzt wird, um AnhängerInnen zu mobilisieren, andererseits auch als Interpretationsrahmen (*frame*) dient, mithilfe dessen soziale und wirtschaftliche Konfliktlinien und Interessengegensätze in einem ‚plausiblen‘ Metanarrativ gedeutet und erklärt werden können. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen nach der Wahl können in diesem Sinne nicht nur als ein Ausdruck ethnisierten Politik gelesen werden, sondern auch als ein Instrument, die ethnische Rahmung (*framing*) der Nachwahlauseinandersetzungen gewaltvoll durchzusetzen.

Zunächst werde ich kurz die Ereignisse vom Wahltag bis zur Angelobung des Präsidenten Mwai Kibaki beschreiben und insbesondere die Vorwürfe diskutieren, dass die Wahlen weder frei noch fair abgehalten wurden und das Wahlergebnis manipuliert sei. Anschließend daran wird der Verlauf der Gewalt geschildert und danach gefragt, wer die Akteure der Gewalt waren und wie diese legitimiert wurde. Im darauffolgenden Abschnitt werden einige grundlegende theoretische Überlegungen zu Konzepten von Ethnizität, ethnischen Gruppen und ethnischer Mobilisierung angestellt und für die vorliegende Fallstudie reformuliert. In der Fallstudie selbst untersuche ich sodann, ob Ethnizität im kenianischen Wahlkampf und bei den gewaltvollen Ausschreitungen nach der Wahl zur Mobilisierung genutzt wurde. Hierfür werden zwei unterschiedliche Ebenen herangezogen: Einerseits die Instrumentalisierung von Ethnizität auf der Diskursebene, andererseits die Praktiken im Umfeld politischer Parteien. Abschließend stelle ich einige kurze allgemeine Überlegungen zur Rolle von Ethnizität für die kenianischen Wahlen 2007 und die darauffolgenden Auseinandersetzungen an.

Der lange Weg zum Wahlergebnis

Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 27. Dezember 2007 kam es in Kenia zu gewaltvollen Ausschreitungen, die bis Ende Februar andauerten. Im Zuge dieser Konflikte starben mehr als 1000 Menschen, weitere 500.000 verloren ihr Zuhause und wurden vertrieben. (vgl. Human Rights Watch 2008b: 2) Erst am 27. Februar 2008 konnten sich die beiden stimmenstärksten Kandidaten auf eine Machtteilung einigen (vgl. International Crisis Group 2008b).

Die ersten Auszählungsergebnisse am 28. Dezember deckten sich mit den zuvor erstellten Prognosen: Raila Odinga und seine Partei Orange Democratic Movement (ODM) hatte einen klaren Vorsprung gegenüber dem amtierenden Präsidenten Mwai Kibaki und seiner Party for National Unity (PNU). Am darauffolgenden Tag trafen weitere Teilergebnisse ein, die den Vorsprung dahinschmelzen ließen, wobei gleichzeitig erste Gerüchte über eine mögliche Manipulation der Wahlen laut wurden. Odinga forderte Kibaki auf, seine Niederlage einzugestehen und zurückzutreten. Dieser Forderung wurde von Seiten der Oppositionsbewegung auch durch Demonstrationen Ausdruck verliehen. Im Laufe des 30. Dezember verstärkte sich der Verdacht, dass die lange Verzögerung der Auszählungsergebnisse womöglich auf eine Fälschung des Ergebnisses schließen lasse. Die Electoral Commission of Kenya (ECK) veröffentlichte dennoch unter Ausschluss der ParteivertreterInnen um 17:30 das offizielle Endergebnis, wobei nur wenigen Medien die Anwesenheit erlaubt war. Demzufolge gewann Kibaki knapp gegen seinen Herausforderer Odinga. Bereits eine Stunde danach wurde Kibaki – ebenfalls unter Verbot von Live-Berichterstattungen – vereidigt, was Odinga als „zivilen Putsch“ bezeichnete (vgl. Harneit-Sievers 2008: 2).

Internationale Wahlbeobachter zweifelten das Ergebnis an und berichten von Unregelmäßigkeiten. Selbst der Vorsitzende der Electoral Commission of Kenya, Samuel Kivuitu, gestand in einem Interview am 1.1.2008, dass er selbst nicht ganz sicher sei, wer denn nun die Wahlen gewonnen habe (The Christian Science Monitor 2008). Beispielsweise ergab das Wahlergebnis des Maragua Districts, einer PNU-Hochburg, eine Wahlbeteiligung von 115%, die vom Vorsitzenden der Wahlkommission eigenhändig auf 85% ausgebessert wurde (vgl. Dagne 2008: 4). Auch UnterstützerInnen der Oppositionspartei ODM wird Manipulation vorgeworfen, wie die nachfolgende Statistik eindrucksvoll zeigt: In mehreren Gebieten des Landes erreichte die Wahlbeteiligung unrealistische oder mathematisch unmögliche Höhen, was auf Manipulation schließen lässt (siehe Tabelle).

Weiters wurden Teilergebnisse trotz fehlender, mangelhafter oder nicht unterschriebener Dokumente veröffentlicht. Zusammenfassend lässt sich demnach sagen, dass die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von Dezember 2007 den nationalen und internationalen Ansprüchen einer demokratischen Wahl nicht gerecht wurden: „[T]hey were marred by a lack of transparency in the processing and tallying of presidential results, which

raises concerns about the accuracy of the final results of this election“ (Dagne 2008: 4).

Tabelle: ODM- und PNU- Hochburgen mit Wahlbeteiligung über 90%

Wahlbeteiligung in ODM- Hochburgen		Wahlbeteiligung in PNU- Hochburgen	
Wahlkreis	Prozent	Wahlkreis	Prozent
<i>Rift Valley province</i>		<i>Central province</i>	
Sigor	115%	*Othaya	90%
Eldoret North	116%		
Mosop	97%		
Emgwen	103%		
Baringo North	92%		
Narok South	120%		
Ainamoi	91%		
<i>Nyanza province</i>			
Bondo	102%		
Kisumu Rural	102%		
Karachuonyo	94%		
Rangwe	92%		
Ndhiwa	93%		
Nyatike	95%		
Mbita	95%		

* ODM stellte die Ergebnisse in 23 Wahlkreisen in Central und Upper Eastern province in Frage, alle wiesen jedoch eine Wahlbeteiligung unter 83% auf.

Quelle: Daily Nation (Nairobi). PNU submission to the Electoral Commission, 31 December 2007, zit. nach Africa Policy Institute 2008: 9; Übersetzung AT.

Bereits vor der Verkündung des Wahlergebnisses kam es zu Gewalt, weswegen Kibaki nach seiner Vereidigung das öffentliche Versammlungsrecht einschränkte und auf diese Weise hoffte, weitere Gewalt verhindern zu können. In Nairobi und anderen Städten fanden dennoch Demonstrationen statt, die von der Polizei oft mit übertriebener Härte niedergeschlagen wurden. Human Rights Watch zufolge wurden in den ersten drei Wochen 81 Menschen von der Polizei erschossen (vgl. Human Rights Watch 2008b: 26f.). Der Großteil der Opfer ist jedoch auf gezielte Angriffe von Angehörigen jeweils anderer Ethnien zurückzuführen: Bereits im Wahlkampf wurde der Gegensatz zwischen Kikuyu und Luo zum zentralen Motiv hochstilisiert und die ethnische Zugehörigkeit der

Kandidaten hervorgehoben. Die Opposition ODM bildete ihre Allianz auf Basis der Annahme, dass Kibakis Partei PNU lediglich die Interessen der mit etwa 24% größten Ethnie des Landes, der Kikuyu vertritt. Die PNU wiederum griff den Spitzenkandidaten der gegnerischen Partei an, indem sie seine Luo-Herkunft und die damit einhergehenden Vorurteile betonte und meinte, dass ein unbeschnittener Mann Kenia nicht regieren könne (vgl. International Crisis Group 2008a: 5).

Auch Aufrufe zu Gewalt erfolgten im Zuge von Parteiveranstaltungen während des Wahlkampfes: Lokale ODM-PolitikerInnen beispielsweise „called meetings during the election campaign to urge violence in the event of a Kibaki victory, arguing that if Kibaki was announced as the winner it must mean the polls had been rigged and the reaction should be ‘war’ against local Kikuyu residents“ (Human Rights Watch 2008b: 4). Die Rolle der politischen Parteien und die eventuelle Instrumentalisierung ethnischer Zugehörigkeiten werden weiter unten näher betrachtet. Doch zuerst sollen die Ereignisse nach der Verkündung des Wahlergebnisses beleuchtet werden: Welchen Verlauf nahmen die gewaltvollen Auseinandersetzungen, waren sie tatsächlich ethnisch motiviert und welche Regionen bzw. ethnischen Gruppen waren am stärksten betroffen?

Der Verlauf der Gewalt

Wie die International Crisis Group schreibt, stammen wichtige Parteifunktionäre beider Großparteien aus bestimmten ethnischen Gruppen. Die PNU wird in erster Linie von Kikuyu, Embu und Meru unterstützt, die mehrheitlich im Zentrum Kenias und in den östlichen Provinzen leben, ebenso aber auf Grund von bis auf die Kolonialzeit zurückgehenden Migrationsbewegungen auch im Rift Valley, in Nairobi und an der Küste ansässig sind. Die ethnische Basis der ODM hingegen sind Luo, Luhya und Kalenjin, die ursprünglich in den westlichen Provinzen und im Rift Valley ansässig waren, aber auch in den großen Städten leben. Ebenso gelten Muslime aus den Küstenregionen tendentiell als ODM-UnterstützerInnen (vgl. International Crisis Group 2008a: 1). Wie im weiteren Verlauf dieses Beitrags deutlich gemacht werden wird, gehen jedoch schon mit einer derartigen Einordnung der Ethnien in Regionen Probleme einher: Im Kontext der ethnisierten politischen

Auseinandersetzungen in Kenia impliziert die Behauptung der Autochthonie von Luo, Luhya und Kalenjin im Rift Valley auch Ansprüche, als „Zuerst-Gekommene“ mehr Recht auf Land zu haben als die „später zugezogenen“ Kikuyu (siehe zu Autochthoniediskursen auch Kraler in diesem Band). Die Unterteilung in Autochthone und Fremde bietet reichlich Stoff zur Instrumentalisierung und verstärkt dadurch seit Jahrzehnten die Probleme bei der Vergabe von Land im Rift Valley. Obwohl ethnische Zugehörigkeit im kenianischen Kontext damit unzweifelhaft eine wirkmächtige soziale Kategorie darstellt, können aber weder Auseinandersetzungen um Landrechte noch die Unterstützung für bestimmte Parteien auf Ethnizität reduziert werden. Gleichzeitig reichte bei den Übergriffen nach den Wahlen 2007 die ethnische Zugehörigkeit aus, um Menschen als UnterstützerInnen einer bestimmten Partei zu identifizieren und damit zum „Feind“ oder „Freund“ zu erklären. Wie noch zu zeigen sein wird, ist diese scheinbare Eindeutigkeit der Bedeutung ethnischer Zugehörigkeit keine ‚naturwüchsige‘ Folge ethnischer Vielfalt, sondern, im Gegenteil, Ergebnis strategischer Setzungen politischer Akteure.

Wie bereits geschildert, kam es schon vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu Demonstrationen, da die Verzögerungen bei der Auszählung als Manipulation der Regierungspartei PNU gedeutet wurden. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden im Rift Valley Kikuyu, also VertreterInnen der Ethnie des amtierenden Präsidenten Mwai Kibaki, angegriffen. Als Reaktion darauf kam es zu Gegengewalt von Kikuyu-Milizen gegen andere, vermutlich die Opposition unterstützende Ethnien (vgl. Human Rights Watch 2008b: 35). In den darauffolgenden Wochen durchlief Kenia die schlimmste politische Krise seit der Unabhängigkeit: „State authority collapsed in the political strongholds of the opposition Orange Democratic Movement (ODM)“ (International Crisis Group 2008a: i). UnterstützerInnen Raila Odingas protestierten gegen den „Diebstahl“ der Präsidentschaft und entluden ihre Aggressionen an Kikuyu und anderen angeblichen UnterstützerInnen von Mwai Kibaki. Kikuyu waren die am stärksten von Gewalt betroffene ethnische Gruppe und wurden vor allem in Regionen, in denen sie die Minderheit darstellten, attackiert und vertrieben (vgl. IRIN 2008a). Die kenianischen Sicherheitskräfte reagierten mit Härte gegen die DemonstrantInnen, ebenso wie die Wählerschaft Kibakis Gegengewalt ausübte und vermutliche SympathisantInnen der Opposition angriff (vgl. International Crisis Group 2008a: i). Eine Frau, die

Mwai Kibakis Partei PNU im Wahlkampf unterstützt hatte, schildert das Aufkommen der Gewalt: „Before the elections, there were rumours that if Raila won, Kikuyus will have to go [...]. When the election results were announced, they started burning our things and beating people because we are Kikuyus“ (IRIN 2008d).

Auch die Gegengewalt erfolgte nach dem gleichen Muster. Eine Luo-Frau, die in einer hauptsächlich von Kikuyu bewohnten Region lebt, berichtet von ihrer Vertreibung: „I was staying at a place called Farmers in Limuru town. At about 3pm on Sunday, a mob of men came to my house with machetes. There were more than 20 of them. They said we Luos are Raila’s people and we should come out of our houses and go back to Kisumu [Zentrum der Luo im Westen Kenias, Anm. AT]. They went door to door asking people what tribe they were. They told me to get out“ (IRIN 2008b). Ähnliche Ereignisse schildert eine andere Frau aus dem Rift Valley: „On Sunday at around 4pm, people with stones surrounded the house, shouting and yelling, ‚Luos must go! Luos must go!‘ They were so many you couldn’t count them“ (IRIN 2008c).

Auch das Verhalten der lokalen Polizei deutet auf Parteinahme für die jeweilige Mehrheitsethnie hin, wie ein Beispiel aus einer Luo-Region zeigt: „Die lokale Polizei schritt 24 Stunden lang kaum gegen Plünderungen und Brandstiftungen ein. Die später aus Nairobi eintreffenden paramilitärischen Kräfte agierten [...] mit exzessiver Härte und Schusswaffeneinsatz gegen Demonstranten und Plünderer, was viele Dutzend Todesopfer forderte“ (Harneit-Sievers 2008: 5f.). Auch Human Rights Watch hat Zweifel an der Unabhängigkeit der Polizei und beschreibt unterschiedliche Vorgehensweisen je nach betroffener ethnischer Gruppe: „For example, officers were quick to resort to lethal force in opposition areas such as the slums of Nairobi, Kisumu, and elsewhere when lives were not obviously at risk. And yet when faced with pro-government mobs killing and burning in Navaisha and Nakuru, the police made little attempt to intervene at all. In other areas such as Eldoret and Molo/Kuresoi, victims alleged that the police sided with Kalenjin militias“ (Human Rights Watch 2008b: 25).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Ethnizität bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 tatsächlich eine große Rolle gespielt hat. Dieses Fazit soll allerdings in weiterer Folge detaillierter untersucht und dekonstruiert werden. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit politische Parteien Ethnizität genutzt haben, um ihre

AnhängerInnen zu mobilisieren und auf diese Weise die Wahlen zu gewinnen bzw. inwieweit Ethnizität einerseits als Deutungsrahmen für den Verlauf der Ereignisse, andererseits auch als Legitimation für Gewalt und Gegengewalt genutzt wurde. Um diese Frage klären zu können, werden im folgenden Abschnitt der Begriff „Ethnizität“ näher betrachtet und einige theoretische Konzepte dargestellt.

Theoretische Konzepte von Ethnizität

Die klassische Definition ethnischer Gruppen durch den norwegischen Anthropologen Frederik Barth soll hier stellvertretend für eine Vielzahl wissenschaftlicher Definitionen angeführt werden: Nach Barth ist eine ethnische Gruppe „a population which is largely biologically self perpetuating [,] shares fundamental cultural values, realized in overt unity in cultural forms [,] makes up a field of communication and interaction [and] has a membership which identifies itself, and is identified by others, as constituting a category distinguishable from other categories of the same order“ (Barth 1996: 75). Während Barths Definition sich durchaus in eine „primordialistische“ Tradition einreicht, die eine letztlich biologisch definierte Abstammungsgemeinschaft als Kern ethnischer Gruppen ausmacht, ist seine Theorie auch für konstruktivistische und instrumentalistische Perspektiven anschlussfähig, da sie die Bedeutung ethnischer Grenzziehungsprozesse herausstreicht. So ist nach Barth für die Identifikation mit einer ethnischen Gruppe nicht primär der Inhalt, sondern dessen Funktion entscheidend. „The critical focus of investigation from this point of view becomes the ethnic boundary that defines the group, not the cultural stuff that it encloses“ (Barth 1996: 79). Die Konstruktion eines vermeintlich einheitlichen „Wir“ im Gegensatz zu den „Anderen“ ist also ein zentrales Merkmal ethnischer Gruppen. Insbesondere ethnische Gruppen, die mit anderen interagieren müssen, sind dadurch gezwungen, ihre Grenzen ständig neu zu definieren und dadurch ihr Fortbestehen zu sichern (vgl. ebd.).

Harvey Glickman (1995: 9) streicht zudem die Kontingenz jener Unterschiede und Merkmale hervor, die Ausgangspunkt ethnischer Konstruktionen sein können: „Ethnicity can encompass a variety of identity categories. Its significance lies in latency for politics“ (Glickman 1995: 9).

Githu Muigai verbindet im speziellen Fall Kenias Ethnizität bereits mit politischer Aktion: „Ethnicity here is understood to mean the consciousness among people who share cultural and linguistic, sometimes kinship and religious, roots, and who conditionally affiliate for purposes of political mobilization and political action“ (Muigai 1995: 161). Auch Abner Cohen betont die politische Dimension von Ethnizität und bezeichnet diese als „political phenomenon, as traditional customs are used only as idioms, and as mechanisms for political alignment. People do not kill one another because their customs are different. Men may make jokes at the strange customs of men from other tribes but this by itself will not lead to serious disputes. If men do actually quarrel seriously on the grounds of cultural differences it is only because these cultural differences are associated with political cleavages“ (Cohen 1996: 84). Cohen beschreibt hier die soziale Konstruiertheit von Ethnizität, die meist zur Erreichung anderer Ziele instrumentalisiert wird und bietet damit Anknüpfungspunkte für die Analyse des kenianischen Wahlkampfes 2007.

Ngunyi verbindet in weiterer Folge Ethnizität mit Klasse und beschreibt deren spezielles Zusammenspiel in der kenianischen Gesellschaft: „[E]thnicity and class politics, as historically determined forces in Kenya’s civil society, are not to be viewed as a zero sum situation in which either of the two, and not a combination of both, explains the dynamics of local politics. Indeed, there exists a symbiotic relationship in the historical development of both ethnicity and a ‘power elite’ class in Kenya. While the elite derive most of their legitimacy from ethnic groupings, and by arousing ethnic sentiments, ethnic communities on the other hand see the elite as their flag bearers pressing for their interests nationally“ (Ngunyi 1993, zit. nach Muigai 1995: 162). Allerdings werfen konstruktivistische bzw. instrumentalistische Perspektiven auch einige Probleme auf. Liegt der Fokus ethnischer Gruppen nämlich in erster Linie auf der Durchsetzung der eigenen Interessen, während die inhaltliche Bestimmung der Gemeinschaft irrelevant wird, so könnte auf das Adjektiv „ethnisch“ verzichtet werden. Es würde sich nun um eine Interessensgruppe handeln, beispielsweise eine Gewerkschaft, einen Verein oder eine andere Organisation. Obwohl die Gruppe also die Verfolgung gemeinsamer Interessen zum Ziel hat, stellt sich die Frage, warum die Formierung der Gruppen meist entlang ethnischer Trennlinien erfolgt (vgl. Heinemann 2001: 114). Bei der Beantwortung dieser Frage könnte ein geschichtlicher Rückblick

weiterhelfen, der die Kontinuität ethnischer Mobilisierung und jahrzehntealter Patron-Client-Beziehungen in Kenia herausarbeiten würde. Dieses Vorhaben muss jedoch aus Platzgründen unterbleiben.

Die bisherige Diskussion hat den den Begriff „Gruppe“ weitgehend unreflektiert vorausgesetzt. In der Folge soll nun der Begriff der Gruppe selbst im Kontext der Diskussion über „ethnische Gruppen“ einer Kritik unterzogen werden. Dazu wird auf die Arbeiten des amerikanischen Soziologen Rogers Brubaker zurückgegriffen. Brubaker kritisiert in seine Kritik des Konzepts der Ethnizität die Annahme der Gruppenhaftigkeit ethnischer „Kollektive“, das heißt die Imagination von ethnischen Kollektiven als soziale Akteure. Brubaker zufolge tragen WissenschaftlerInnen durch die unreflektierte Übernahme des Gruppenbegriffs dazu bei, ethnische Gruppen einerseits als homogen und klar definiert darzustellen, andererseits ethnischen Gruppen a priori Akteursqualität zuzusprechen, obwohl beides in der Regel nicht der Fall ist. Diese Tendenz der Sozialwissenschaft zur Verdinglichung sozialer Kollektive fasst Brubaker unter dem Begriff des „groupism“ (Gruppismus). Er beschreibt Gruppismus als „the tendency to treat ethnic groups, nations and races as substantial entities to which interests and agency can be attributed“ (Brubaker 2004: 8). Durch diese Vorgehensweise wird vernachlässigt, dass ethnische Gruppen gezielt konstruiert oder, in den Worten Louis Althusers, „angerufen“ werden, um den dabei handelnden AkteurInnen Vorteile welcher Art auch immer zu verschaffen. Wenn WissenschaftlerInnen diese Kategorien ungefragt übernehmen, tragen sie nach Brubaker zur Festigung dessen bei, was Protagonisten ethnischer Auseinandersetzungen – Brubaker nennt sie „ethnic entrepreneurs“ – augenscheinlich zu beschreiben oder konstruieren versuchen (vgl. Brubaker 2004: 9). Was also analysiert werden soll, ist die Art und Weise, wie ethnische Gruppen konstruiert werden, wie ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht und welche Voraussetzungen dafür notwendig sind. Protagonisten ethnischer Gewalt sind, so schreibt Brubaker, nicht die „Gruppen“, sondern verschiedene Organisationen, die von außen stehenden BeobachterInnen fast automatisch als deren legitime Vertreter und Sprachrohre angenommen werden. Einzelne Ministerien, bewaffnete Einheiten, paramilitärische Organisationen, politische Parteien oder bestimmte Medien sind nur einige der möglichen Protagonisten. Die Protagonisten – individuelle Akteure oder Organisationen – dürfen nicht

mit ethnischen „Gruppen“ gleichgesetzt werden, sondern sollten als eigenständige Akteure gesehen werden, die ihre Ressourcen und Kommunikationskanäle für organisierte Aktionen nützen. All die Attribute, die also üblicherweise ethnischen „Gruppen“ zugeschrieben werden, treffen vielmehr auf diese Organisationen zu: Sie verfügen beispielsweise über eine gemeinsame Identität, gemeinsame Interessen, starken Zusammenhalt und klare Abgrenzungen nach außen (vgl. Brubaker 2004: 14f.).

In diesem Zusammenhang stellt sich unvermeidbar die Frage, wer denn das Recht hat, für ethnische „Gruppen“ zu sprechen. Die Identifikation derartiger Organisationen und Protagonisten, die dieses Recht für sich in Anspruch nehmen, erscheint auch für die Analyse des Konflikts in Kenia hilfreich, da auf diese Weise die Initiatoren der Angriffe klarer benannt und eingeordnet werden können. Einen weiteren wichtigen Aspekt im Zusammenhang mit ethnischer Gewalt führt Brubaker unter dem Begriff „framing“ an: Die Tatsache, dass Konflikte als ethnische Konflikte verstanden werden, ist auf die Interpretation und Kodierung zurückzuführen, indem ethnische Gewalt von Akteuren als solche bezeichnet wird. Auf diese Weise stellt „framing“ einen zentralen Mechanismus für den Aufbau von „groupness“ (Gruppenhaftigkeit) dar. Brubakers Konzept der Gruppenhaftigkeit stellt dabei den Konstruktionsprozess einer von Innen- und Außenstehenden wahrgenommenen Gruppe dar und lenkt die Aufmerksamkeit auf Phasen unterschiedlich starker Kohäsion. Kollektive Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühle innerhalb einer ethnischen Gruppe sind weder konstant noch planbar. Vielmehr verändern sie ihre Intensität und werden durch bestimmte Anlässe gestärkt, wobei der dadurch eröffnete Raum zur Deutung jener Ereignisse hart umkämpft ist: „Violence – and more generally, conflict – regularly occasions social struggles to label, interpret and explain it“ (Brubaker 2004: 16).

Die Urheber ethnisch motivierter Gewalt setzen also nicht nur ihre Aktionen, sondern liefern in der Regel auch gleich die Analyse mit. Das wiederum beeinflusst in weiterer Folge die Darstellung dieser Konflikte in unseren Medien und führt möglicherweise zu einer Überbetonung des Faktors Ethnizität – selbst wenn die Protagonisten den ethnischen Aspekt des Konflikts nur zur Legitimation für die Durchsetzung anderer Interessen nutzen. Brubaker schreibt weiter, dass Gruppenhaftigkeit nicht konstant ist, sondern ab- und zunimmt und dass auch berücksichtigt werden sollte, dass

ein hoher Grad an Gruppenhaftigkeit möglicherweise nicht der Grund, sondern das Resultat von Konflikt und Gewalt ist. So können Angriffe auf die eigene ethnische Gruppe und die darauffolgenden Gegenattacken das Gemeinschaftsgefühl stärken. Dies stellt einen starken Anreiz für Protagonisten ethnischer Mobilisierung dar, den Konflikt mit anderen Gruppen bewusst zu suchen und auf diese Weise innere Probleme zu überspielen oder einer möglichen Diskussion um die Legitimität ihrer Führungsposition zu entgehen (vgl. Brubaker 2004: 14, 19).

Aus seinen Betrachtungen schlussfolgert Brubaker, dass eine Interpretation als ethnischer Konflikt andere Ziele und Motive versteckt, beispielsweise persönlichen Nutzen, warlordship oder Machtkalkül. Die Rhetorik der Protagonisten entspricht also nicht der Realität und erfolgt, wie zuvor bereits ausgeführt, nicht durch legitime VertreterInnen einer gesamten ethnischen „Gruppe“. PolitikerInnen tendieren dazu, Anliegen ihrer potentiellen WählerInnen aufzugreifen und sie zum Erhalt ihrer eigenen Position mit dem Faktor Ethnizität zu versehen (vgl. Brubaker 2004: 18-20).

Wurde Ethnizität instrumentalisiert?

„[E]thnicity per se, in the absence of its politicization, does not cause conflict. There is evidence to suggest that where ethnic conflict has emerged in Africa, there has always been political machinations behind it“ (Oyugi 2000: 6). Nach Oyugi sind es häufig ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen, die die Ursache für Politisierung von Ethnizität darstellen. Während eine privilegierte Gruppe versucht, ihren Status zu erhalten, strebt die andere Gruppe eine Änderung der Strukturen an, wobei sich beide auf ethnisch gefärbte Ideologien stützen (vgl. ebd.). Dererlei Gründe für die Instrumentalisierung ethnischer Zugehörigkeit finden sich in Kenia zur Genüge: Die ungelöste Landfrage insbesondere im Rift Valley, wo auch 2007/2008 ein Großteil der Opfer registriert wurde, die Einflüsse der Kolonialherrschaft und des britischen „indirect rule“ sowie die vermutliche Manipulation der Wahlen und die Kultur der Straflosigkeit für Akteure bisheriger ethnischer Gewalt. Weiters liefern gesellschaftliche Ungleichheiten Mobilisierungspotential, ebenso wie Armut allgemein oder die Angst vor Unterdrückung durch Einwanderer einer anderen ethnischen Gruppe (vgl. Musau 2008: 57-60).

Die hier vorliegende Arbeit soll allerdings nicht die Gründe für eine mögliche Politisierung von Ethnizität untersuchen, sondern herausarbeiten, ob ethnische Zugehörigkeit von den beiden Großparteien Kenias zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen oder denen der ganzen Gruppe instrumentalisiert wurde. Doch wie lässt sich die Politisierung von Ethnizität nachweisen? „Ethnicity acquires salience in political life when it is activated (politicized) as a basis of social identity, interest definition, and collective action“ (Mozaffar 1995: 56). Für die Analyse scheint demnach eine Aufteilung in Diskurselemente und Praktiken sinnvoll: Erstere bezeichnen die Art und Weise, wie kenianische PolitikerInnen das Thema Ethnizität im Wahlkampf verwenden, aber auch den „intellektuellen Überbau“, der einer ethnischen Gruppe (und somit aus dem eigenen Blickwinkel auch der politischen Partei) eine gemeinsame Identität verschafft. In Kombination mit Praktiken, die von PolitikerInnen direkt oder zumindest aus dem Umfeld der Parteien für den Umgang mit dem zuvor als ethnisch dargestellten Problem vorgeschlagen werden, lässt dies auf eine politische Instrumentalisierung von Ethnizität schließen.

Gewalt auf diskursiver Ebene

Der vorhergehende Abschnitt führte aus, dass die Konstruktion einer gemeinsamen Identität – in der Regel durch Abgrenzung zu den „Anderen“ – ein zentrales Merkmal ethnischer Gruppen darstellt. Ebenso verhält es sich mit ethnischen Parteien, wie Horowitz schreibt: „Ethnic parties thus derive from two sources: the internal imperatives of the ethnic group as a community and the external imperatives of the ethnic group, in relation to others, as the incipient whole community“ (Horowitz 1985: 294). Es scheint also auch hier um die Grenzziehungsprozesse zu gehen: Wenn die eigene Gruppe aus Mitgliedern verschiedener Gesellschaftsschichten besteht, die möglicherweise keine gemeinsame Basis haben, stellt die Berufung auf die eigene Ethnie und die Abgrenzung von anderen ethnischen Gruppen eine einfache Strategie zur Schaffung von Gruppenidentität und Gruppenzusammenhalt dar.

Im kenianischen Wahlkampf 2007 appellierten sowohl PNU als auch ODM an das „Wir“-Gefühl ihrer vermutlichen SympathisantInnen und bemühten sich um eine deutliche Abgrenzung von den Anderen. „[Both] parties ran campaigns that were heavy with grievance/victimhood nuances which exacerbated the feeling of ‚us‘ and ‚them‘ just as they were laden with

emotionalism and subjectivity which left little room for moderate positioning“ (Kenya National Commission on Human Rights 2008: 27). Beide Parteien beriefen sich auf ihre jeweilige Kultur, die ihre jeweilige ethnische Basis tatsächlich oder vermeintlich eint und führten alte kulturelle Praktiken wieder ein. So war beispielsweise das Schwören von Eiden zur Bekundung der Solidarität untereinander und zur Organisation politischer Gewalt weit verbreitet. Ebenso deuten das Tragen traditioneller Uniformen und die eigentlich nur bei Initiationsritualen verwendete Gesichtsbemalung auf die kulturelle Dimension des Konflikts oder vielmehr seiner Inszenierung hin (vgl. Musau 2008: 68f.).

Neben der Berufung auf vermeintliche kulturelle Gemeinsamkeiten innerhalb einer Gruppe stellte außerdem die Zuschreibung von Problemen an die jeweils andere Gruppe ein besonderes Merkmal des Wahlkampfes dar. Themen wie Korruption, Ungleichheit oder Armut wurden auf einer ethnischen Ebene abgehandelt: „Corruption was reduced into a ‚Kikuyu problem‘. Inequality was explained in terms of ‚Kikuyu dominance‘ while Majimbo was seen as a Kalenjin get-the-land-back issue. Opposition to the Kibaki government was also interpreted as a ‚Luo agenda‘“ (Kenya National Commission on Human Rights 2008: 28). Der Begriff „majimbo“ bedeutet „Föderalstaat“ auf Swahili und geht auf die Zeit vor der Unabhängigkeit zurück. Hauptsächlich von kleineren ethnischen Gruppen wie Kalenjin oder Maasai gefordert, sollte „majimbo“ deren Recht auf Land, natürliche Ressourcen und Jobs garantieren und ihnen uneingeschränkte Kontrolle über ihre jeweilige Provinz sichern (vgl. Ogot 1995: 258). Seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1991 und der damit einhergehenden Ethnisierung wird „majimboism“ stets im Wahlkampf diskutiert. So auch 2007, als die Oppositionspartei ODM dem Rift Valley und der Küstenprovinz im Falle ihres Sieges die Autonomie versprach. Damit einhergehen würde die Absiedelung der Kikuyu aus diesen „ursprünglich“ von kleineren ethnischen Gruppen bewohnten Regionen. Tatsächlich erwies sich die „majimbo“-Rhetorik als Weg, starke Anti-Kikuyu-Stimmungen zu schüren, und diente lokalen Jugendgangs zur Rechtfertigung von Gewalt an Kikuyu (vgl. Commission of Inquiry into the Post-Election Violence in Kenya 2008: 59). Wie Musau treffend formuliert: „Majimbo has ever since been a formidable discourse that has sparked violent ethnic conflicts in Kenya“ (Musau 2008: 46).

Auf diese Weise bot sich für politische MachthaberInnen die Möglichkeit, gezielt gegen bestimmte ethnische Gruppen zu agitieren, ohne diese namentlich zu nennen. Die „majimbo“-Rhetorik konnte als bloße ideologische Meinungsverschiedenheit dargestellt werden, stellte für einige aber doch eine klare Aufforderung dar, Menschen von ihrem Wohnort zu vertreiben oder ihre Besitztümer zu zerstören. Die jener Rhetorik zu Grunde liegende Annahme ist schließlich, dass jede ethnische Gruppe in Kenia klar einer bestimmten Region zuzuordnen ist. Daraus ergibt sich weiters, dass Migration, Umzug oder Heirat zwischen ethnischen Gruppen nicht gewünscht sein kann. Die „majimbo“-Diskussion macht außerdem deutlich, dass Menschen, die später aus welchen Gründen auch immer zugezogen sind, weniger Recht auf Landbesitz haben als die Etablierten. Selbst wenn sie dieses einmal erworben haben, müssen die Außenseiter mit Ablehnung und Ausschluss rechnen und haben beispielsweise kaum Chancen, politisch aktiv zu werden (vgl. Kenya National Commission on Human Rights 2008: 22).

Die Mythenbildung einer gemeinsamen Vergangenheit spiegelt sich oft in der Beanspruchung von Land dar, indem argumentiert wird, „zuerst dagewesen zu sein“. Ziehen andere ethnische Gruppen hinzu, gilt es, die eigene Identität zu wahren und sich vor einer Unterwerfung durch die neu zugezogenen zu schützen. So protestierten beispielsweise Kalenjin-Gemeinschaften im Rift Valley 2008 gegen die Umbenennung von Ortschaften in Kikuyu-Namen, um ihr kulturelles Erbe zu bewahren (vgl. Musau 2008: 59f.). Dieses Ereignis zeigt nicht nur, dass die Debatte in der Region auf einer stark ethnisierten Ebene abläuft, sondern erinnert an die ideologische Konstruktion von Identität: Ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das Angehörige einer Gruppe trotz interner Differenzen verbindet, lässt sich am einfachsten konstruieren, wenn ein gemeinsames Feindbild zur Abgrenzung und Zuschreibung vorhanden ist.

Gewalt in der Praxis

Wie im vorhergehenden Abschnitt ausgeführt, haben beide Großparteien Kenias Ethnizität durch ihre Deutungsweisen, Interpretationen und Sinnstiftungen zum zentralen Thema des Wahlkampfes gemacht. Doch haben PolitikerInnen auch Aufrufe zur Gewalt getätigt oder ein Naheverhältnis mit Jugendbanden und Gangs gepflegt? Human Rights Watch zufolge besteht durchaus berechtigter Anlass zu dieser Vermutung:

„There is circumstantial evidence that suggests leaders may well have been at least aware of what was happening and did little to stop it. Some may have been more directly involved“ (Human Rights Watch 2008b: 5). Neben oben beschriebener „majimbo“-Rhetorik, die zur Verschärfung der ethnischen Spannungen beigetragen hat, finden sich auch Hinweise auf direkte Aufrufe zu Gewalt. Das Kenya Human Rights Institute kann sechs dokumentierte Fälle nachweisen, in denen PolitikerInnen bei Wahlkampfveranstaltungen Hassreden hielten, die zu Ausschluss, Vertreibung und Gewalt gegen ethnische Gruppen aufriefen. Zwei davon forderten explizit die Repatriierung der Kikuyu aus dem Rift Valley, eine weitere „explicitly called upon Samburu people to kill those within their community who voted for the Orange Democratic Movement at the 2007 General Elections“ (Kenya Human Rights Institute 2008: 10).

Auch das Radio spielte eine wichtige Rolle beim Schüren ethnischer Konflikte. Insbesondere lokalen Radiostationen sind Vorwürfe zu machen, einerseits durch die unkritische Wiedergabe hetzerischer Reden von PolitikerInnen und andererseits durch die ungefilterte Veröffentlichung persönlicher Meinungen. „They claimed KASS FM in conjunction with politicians used derogatory language against Kikuyus, mouthed hate speech, and routinely called for their eviction, thereby helping to build up tensions that eventually exploded in violence“ (Commission of Inquiry into the Post-Election Violence in Kenya 2008: 298f.). Dabei erfolgten die Aufrufe zu Gewalt in der Regel nicht von den ModeratorInnen, sondern von AnruferInnen, die auf diese Weise ihre Botschaften verbreiten konnten. So berichtet ein Radiohörer beispielsweise: „Many of the ethnic hate messages and much of the ethnic stereotyping appeared on live phone-in programs. It was common to hear descriptions on Kass FM before the elections of the Kikuyu as greedy, land-hungry, domineering and unscrupulous, as well as thinly-veiled threats, like ‚the time has come for us to reclaim our ancestral land‘ or ‚people of the milk‘ (Kalenjin) must ‚clear the weed‘ (Kikuyu)“ (Kenya National Commission on Human Rights 2008: 123).

Als Protagonisten ethnischer Gewalt sind Jugendbanden und Gangs zu nennen, deren Beziehungen zu den politischen Parteien zwar nicht offiziell, aber dennoch offenkundig sind. Bereits seit den frühen 1990ern mobilisieren politische Parteien zu Wahlkampfzeiten Jugendbanden, die zwar in den letzten Jahren verboten wurden, jedoch trotzdem insbesondere in informellen Siedlungen großen Zulauf haben. Beispielsweise agieren dort

die „Taliban“, eine Jugendbande, in der sich angeblich arme, arbeits- und hoffnungslose Luo-Jugendliche organisieren (vgl. Andreassen 2008: 21). Im Rift Valley haben nach den Wahlen 2007 die „Kalenjin warriors“ einen Großteil der Gewalt gegen Kikuyu ausgeführt. „Barely minutes after the announcement that Kibaki had won, Kalenjin youths armed with machetes, arrows and jerry cans of kerosene and petrol attacked Kikuyu settlements. [...] Most of the Kalenjin youth were ferried to the attacks by lorries and were allegedly paid thousands of shillings to carry out the raids [...], mainly from members of the Kalenjin political and business establishment“ (International Crisis Group 2008a: 11).

Auf Seite der Kikuyu sind die „Mungiki“ anzuführen, die in den 1980ern als religiöse Sekte im Rift Valley existierten und später mafiöse Züge angenommen haben. Heute sind sie vor allem in den Slums von Nairobi und in der Central Province zu finden (vgl. Commission of Inquiry into the Post-Election Violence in Kenya 2008: 27). Auch sie erhalten angeblich Finanzmittel von politischen Parteien, in diesem Fall der PNU: „Some city politicians, including former parliamentarians and defeated PNU candidates, now reportedly work with Mungiki so that they can deploy it against ODM and on behalf of Kibaki if the opposition continues protest actions“ (International Crisis Group 2008a: 14). Die Jugendbanden werden jedoch nicht nur für Gewalt an politischen GegnerInnen und anderen ethnischen Gruppen eingesetzt, sondern auch zur Bedrohung von KritikerInnen in den eigenen Reihen. „Kikuyu civil society leaders and journalists who have been criticising the government and PNU receive threatening text messages on their mobile phones and risk attack in Nairobi’s streets“ (ebd.).

Gewaltausbrüche gegen Angehörige anderer ethnischer Gruppen nach der Wahl in Kenia 2007 erfolgten also keineswegs spontan. Ethnische Gewalt wurde von unterschiedlichen, den politischen Parteien nahestehenden Akteuren strategisch geschürt und mitunter sogar angeordnet. Die Bedrohung Angehöriger der eigenen ethnischen Gruppe verdeutlicht, dass es sich hierbei vielmehr um den Versuch der Ausschaltung politischer Gegner denn um einen ethnischen Konflikt handelte. Die Ereignisse nach den kenianischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind somit vor dem Hintergrund jener Mobilisierungsstrategie zu betrachten.

Schlussbemerkungen

Der Beitrag hat gezeigt, dass Ethnizität im kenianischen Wahlkampf und in den Ereignissen nach der Wahl eine zentrale Rolle gespielt hat, für die allerdings die Inszenierung von Ethnizität durch politische Akteure selbst wesentlich war. Ethnische Spannungen wurden durch die Konstruktion von Feindbildern und durch Zuschreibungen von Stereotypen an die politischen GegnerInnen noch verschärft, ebenso wie die „majimbo“-Rhetorik wohl nicht zufällig einen Grund für ethnische Gewalt bot. Die Aufteilung der Gesellschaft in „Freunde“ und „Feinde“ erfolgte insbesondere entlang parteipolitischer Trennlinien und wurde aus dem Umfeld der Parteien propagiert. Auf der praktischen Ebene kooperierten PNU und ODM mit Jugendbanden und unterstützten diese vermutlich sogar finanziell für ihre Gewalttaten. Lokale PolitikerInnen standen Gangs wie „Mungiki“ und „Kalenjin warriors“ organisatorisch zur Seite und stachelten diese durch Hassreden weiter an, was auf eine Politisierung von Ethnizität für spezifische Gruppeninteressen oder individuelle Einzelinteressen schließen lässt.

Dass Ethnizität durch politische Eliten manipuliert und instrumentalisiert wurde, zeigt sich auch an ethnizitätsübergreifenden Mobilisierungen gegen die Ethnisierung der Politik, wie etwa eine Demonstration von Jugendlichen am 25. Februar 2008 in Nairobi, bei der sie gegen Gewalt protestierten und sich gegen die Vereinnahmung von PolitikerInnen wehrten (vgl. UN-HABITAT 2008). Die Herausformung politischer Parteien entlang ethnischer Linien verleitet dazu, jene als legitime Sprachrohre ethnischer Gruppen zu betrachten und ethnische Gruppe und ethnisch-basierte Parteien letztlich als austauschbar zu betrachten. Für eine Analyse ist es jedoch zentral, konkrete soziale Akteure auszumachen und diese nicht mit ethnischen Gruppen gleichzusetzen. Kundgebungen wie die angeführte Demonstration von Jugendlichen können ein Zeichen setzen, um die propagierte Zweiteilung der Gesellschaft sowohl für in- als auch für ausländische BeobachterInnen aufzubrechen und damit den Faktor Ethnizität durch die tatsächlichen, zu diskutierenden Konfliktursachen zu ersetzen.

Literaturverzeichnis

- Africa Policy Institute. 2008. Breaking Kenya's impasse: Chaos or Courts? Africa Policy Brief, No. 1, January 2008 <http://d.scribd.com/docs/t546txeve2be0kxkdzd.pdf> (11.2.2009)
- Andreassen, Bård A. (et al.). 2008. „I Acted Under a Lot of Pressure“: The Disputed 2007 Kenyan General Election in Context. NORDEM Report, No. 7, May 2008 <http://www.humanrights.uio.no/forskning/publikasjoner/nordem-rapport/2008/0708.pdf> (11.2.2009)
- Barth, Fredrik. 1996. Ethnic Groups and Boundaries. In: Hutchinson, John/Smith, Anthony D. (eds.). *Ethnicity*. Oxford (et al.): Oxford University Press, 75-82
- Brubaker, Rogers. 2004. *Ethnicity Without Groups*. Cambridge (et al.): Harvard University Press
- Cohen, Abner. 1996. Ethnicity and Politics. In: Hutchinson, John/Smith, Anthony D. (eds.). *Ethnicity*. Oxford (et al.): Oxford University Press, 83-85
- Commission of Inquiry into the Post-Election Violence in Kenya. 2008. Waki Report <http://d.scribd.com/docs/12vdkmacjgqu5jja6rpf.pdf> (11.2.2009)
- Dagne, Ted. 2008. Kenya: The December 2007 Elections and the Challenges Ahead. CRS Report for Congress, 17 September 2008 <http://fas.org/sgp/crs/row/RL34378.pdf> (11.2.2009)
- Elias, Norbert/Scotson, John L. 1993. *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Glickman, Harvey. 1995. Issues in the Analysis of Ethnic Conflict and Democratization Processes in Africa Today. In: Glickman, Harvey (ed.). *Ethnic Conflict and Democratization in Africa*. Atlanta: African Studies Association Press, 1-31
- Harneit-Sievers, Axel. 2008. Kenia: Wahlen und die Eskalation der Gewalt. GIGA Focus http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0801.pdf (11.2.2009)
- Heinemann, Lars. 2001. Ethnizität und Geltung. Möglichkeiten und Grenzen konstruktivistischer Theorien bei der Erklärung ethnischer Vergemeinschaftung. In: Rademacher, Claudia/Wiechens, Peter (Hrsg.): *Geschlecht – Ethnizität – Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz*. Opladen: Leske + Budrich, 111-128
- Horowitz, Donald L. 1985. *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley (et al.): University of California Press
- Human Rights Watch. 2008a. Kenya: Justice Key to Securing Lasting Peace, 16 February 2008. <http://www.hrw.org/en/news/2008/02/16/kenya-justice-key-securing-lasting-peace> (11.2.2009)
- Human Rights Watch. 2008b. Ballots to Bullets. Organized Political Violence and Kenya's Crisis of Governance, Vol. 20, No. 1 (A), March 2008 <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/kenya0308web.pdf> (11.2.2009)
- International Crisis Group. 2008a. Kenya in Crisis. Africa Report, No. 137, 21 February 2008.

- http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/137_kenya_in_crisis_web.pdf (11.2.2009)
- International Crisis Group. 2008b. Kenya: Only a Fragile Start. Andebrhan Giorgis in Mail & Guardian Online, 16 March 2008. <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5337> (11.2.2009)
- IRIN. 2008a. Kenya: Hospitals treating hundreds in post-poll violence, 9 January 2008 <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=76156> (11.2.2009)
- IRIN. 2008b. Lucy Awino: „I pray that things will go back to how they were before“, 11 January 2008 <http://www.irinnews.org/HOVReport.aspx?ReportId=76188> (11.2.2009)
- IRIN. 2008c. Mary: „It’s like everyone is drunk over something you can’t understand“, 11 January 2008 <http://www.irinnews.org/HOVReport.aspx?ReportId=76191> (11.2.2009)
- IRIN. 2008d. Kenya: Polls Turned Neighbours Into Enemies, 16 January 2008 <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportId=76269> (11.2.2009)
- Kagwanja, Peter Mwangi. 2003. Globalizing Ethnicity, Localizing Citizenship: Globalization, Identity Politics and Violence in Kenya’s Tana River Region. In: Africa Development, Vol. 28, No. 1 & 2, 112-152
- Kenya Human Rights Institute. 2008. Clarifying Human Rights Violations in the Kenyan Post-Election Crisis. Special Brief, April 2008. http://www.khrc.or.ke/documents/KHRI_SpecialBrief.pdf (11.2.2009)
- Kenya National Commission on Human Rights. 2008. On the Brink of the Precipice: A Human Rights Account of Kenya’s Post-2007 Election Violence, August 2008. http://mzalendo.com/Files/Election_Report.pdf (11.2.2009)
- Moi, Daniel T. arap. 1986. Kenya African Nationalism. Nyayo Philosophy and Principles. London (et al.): Macmillan Publishers Ltd.
- Mozaffar, Shaheen. 1995. The Institutional Logic of Ethnic Politics: A Prolegomenon. In: Glickman, Harvey (ed.). Ethnic Conflict and Democratization in Africa. Atlanta: African Studies Association Press, 33-69
- Muigai, Githu. 1995. Ethnicity and the Renewal of Competitive Politics in Kenya. In: Glickman, Harvey (ed.). Ethnic Conflict and Democratization in Africa. Atlanta: African Studies Association Press, 161-196
- Musau, Berita. 2008. Ethnic Conflicts and Transition to Democracy in Africa: Recurrence of Ethnic Conflicts in Kenya (1991-2008). Universität Wien: Masterarbeit
- Odhiambo, Atieno E.S. 2004. Hegemonic Enterprises & Instrumentalities of Survival: Ethnicity and Democracy in Kenya. In: Berman, Bruce/Eyoh, Dickson/Kymlicka, Will (eds.). Ethnicity & Democracy in Africa. Oxford: James Currey/Athens: Ohio University Press, 167-182
- Ogot, Bethwell A. 1995. Transition from Single-Party to Multiparty Political System 1989-93. In: Ogot, Bethwell A./Ochieng’, W.R. (eds.). Decolonization & Independence in Kenya. London (et al.): James Currey (et al.), 239-261
- Oyugi, Walter O.. 2000. Politicised Ethnic Conflict in Kenya. A Periodic Phenomenon <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/CAFRAD/UNPAN010963.pdf> (11.2.2009)

- Smith, Gayle. 2008. Kenya: Containing a Rebounding Crisis. ENOUGH Strategy Paper, No. 14, February 2008. http://www.americanprogress.org/issues/2008/02/pdf/kenya_report.pdf (11.2.2009)
- Smith, Zeric Kay. 2000. The impact of political liberalisation and democratisation on ethnic conflict in Africa: an empirical test of common assumptions. In: *The Journal of Modern African Studies*, Vol. 38, No. 1, 21-39
- The Christian Science Monitor. 2008. Ethnic violence: Why Kenya is not another Rwanda, 2 January 2008. <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/EMAE-7AGRU2?OpenDocument&query=why%20kenya%20is%20not%20another%20rwan da> (11.2.2009)
- UN-HABITAT. 2008. Kenya Youth Launch Anti-Violence Campaign, 26 February 2008 <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/EGUA-7C7MUX?OpenDocument&query=kenya%20youth> (11.2.2009)